

Archiv
Verband der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn
SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST
9. FEB. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

2/XX/34

Bonn, den 15. Februar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten: Zeilen:

1 - 2 Bald wird es 75 000 30

Eine stolze Berliner Bilanz

3 - 4 "Schändliches Spiel mit unrichtigen Zahlen" 87

Berechtigte Beschwerden der heimatvertriebenen Bauern
Von Willi Jäger

5 Diffamierungen kommen nicht an 42

Von politischem Stil im akademischen Raum
Von Dr. Günther Müller,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

6 Die Verhandlungen des GATT mit Polen und Jugoslawen 53

Um Mitgliedschaft im "Klub der Reichen"
Von Pierre Simonisch, Genf

* * *

Zahl sind es 75 000

Eine stolze Berliner Bilanz

R.H. - Gbruschtschow wurde widerlegt. Er war es, der kurz nach Errichtung der Mauer dem norwegischen Außenminister Lange gegenüber meinte, West-Berlin sei isoliert, die Menschen würden den Aus verlieren und die Stadt verlassen. Eine entschlossene politische Führung hat diese Hoffnungen zunichte gemacht. Zahlen beweisen es.

"Deine Chance ist Berlin" - dieser Slogan, mit dem der Berliner Senat seit einigen Jahren in Westen Deutschlands um junge Arbeitskräfte wirbt, war erfolgreich. 72 300 folgten bereits diesem Ruf. Das ist der Stand vom 1. Februar dieses Jahres. 20 593 davon sind weibliche Arbeitskräfte. 58,3 Prozent derer, die ihre Chance in Berlin sehen, sind 25. rund 40 Prozent 25 bis 30 Jahre alt. Im März werden es 75 000 "Neu-Berliner" sein.

Pessimisten und Zweckpessimisten auf beiden Seiten der Mauer wurde gezeigt, daß diejenigen, die mit der großen Arbeitslosigkeit am Ende der vierziger Jahre und zu Beginn der fünfziger Jahre in Berlin fertig wurden, auch den Arbeitsmangel, der schlagartig mit dem 13. August 1961 einsetzte, zu beseitigen wußten. Die Kommunisten hatten während der ersten Nachkriegsjahre ihre Hoffnungen in die Tatsache gesetzt, daß ein großer Teil der West-Berliner ohne Arbeit war. Sie spekulierten auf eine Radikalisierung der Massen. Eine entschlossene politische Führung machte diese Hoffnungen überflüssig und seiner sowjetischen Grundlage zunichte. 1949 gab es noch über 300 000 Arbeitslose. Schon wenige Jahre später schrumpfte diese Zahl so erheblich zusammen, daß von einer Arbeitslosigkeit als sozialem Faktor nicht mehr die Rede sein konnte.

Folgen des 13. August

Vor dem 13. August 1961 griff der Berliner Arbeitsmarkt vor allem auf Flüchtlinge zurück, die aus dem Sowjetsektor und der Zone kamen. Der 13. August setzte der Flucht ein Ende. Er hinderte gleichzeitig aber auch durch die totale Absperrung rund 65 000 Ostberliner Arbeitnehmer, die bis dahin in West-Berlin ihren Arbeitsplatz hatten, daran, weiter ihrer Tätigkeit nachzugehen. Sie blieben im Osten der Stadt.

Diese schlagartige Verringerung der Arbeitskräfte und des Kräfteangebots ließ auch jetzt die andere Seite wieder hoffen. Diesmal setzten die Kommunisten auf die Unternehmer, denn sie glaubten, diese würden eine bequemere und weniger risikoreiche Produktion im Westen Deutschlands vorziehen.

Tatsächlich hatten Berlins Unternehmer mit dem Arbeitskräftemangel schwer zu kämpfen. Sie versuchten zunächst durch starke Rationalisierungsmaßnahmen der Lage Herr zu werden. Es dauerte eine geraume Zeit, bis die Unternehmer ihre Skepsis überwandten; denn sie glaubten nicht daran, daß durch eine große Werbekampagne Arbeitskräfte aus dem übrigen Bundesgebiet gewonnen werden könnten.

Erfolg der Werbung

Mit Unterstützung der Jugendringe und der Gewerkschaften im Bundesgebiet setzte die Werbung des Berliner Senats ein. Große Verdienste erwarben sich im Laufe dieser Aktion auch die "Berlin-Vereine". Die Berliner Landesregierung schuf eine zentrale Beratungsteile für westdeutsche Arbeitnehmer beim Senator für Arbeit und soziale Angelegenheit. Die Werbung war differenziert und gezielt. Besonders intensiv bemühte man sich um Arbeitskräfte aus dem Baugewerbe. Weitere Schwerpunkte waren und sind der Maschinenbau, das Metallgewerbe und die Elektrotechnik.

Eine der Hauptschwierigkeiten bleibt die Beschaffung von Wohnraum. Dabei mußte sogleich unterschieden werden zwischen "alleinstehenden" und Familien-Arbeitnehmern. Ein dringender Appell des Senats, der auch von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unterschrieben wurde und die Berliner aufforderte, möblierte Zimmer zur Verfügung zu stellen, brachte keine nennenswerten Erfolge. So mußte der Senat Richtlinien zur Unterstützung von westdeutschen Arbeitnehmern erlassen. Durch die Förderung des Baues von Arbeitnehmerwohnheimen konnten tausende von Wohnplätzen geschaffen werden. Als Ende 1963 erkannt wurde, daß auch dies noch nicht ausreichte, gründete man die "Arbeitnehmerwohnheim-Gesellschaft m.b.H.". Gesellschafter sind der Senat und die Industrie- und Handelskammer.

Im Laufe des Jahres 1965 wird mit der Fertigstellung einer großen Anzahl von Arbeitnehmerwohnheimen gerechnet. Bisher wurde der Bau von geräumigen Zwei-Bett-Zimmern gefördert. In Zukunft aber sollen auch Wohnheime mit Ein-Bett-Zimmern entstehen.

Es gibt noch über 20 000 offene Stellen

Es hat sich auch erwiesen, daß es vielen sesshaft gewordenen westdeutschen Arbeitnehmern gelungen ist, nach einiger Zeit eine eigene Wohnung zu bekommen. Im Falle der Heirat kann das junge Ehepaar einen Antrag auf Familiengründungsdarlehen in Höhe von 3.000,- DM stellen.

In wenigen Jahren 12 300 Arbeitskräfte aus dem übrigen Bundesgebiet. Das ist eine stolze Bilanz. Dennoch wird Berlin sich weiterhin um Arbeitskräfte aus Westdeutschland bemühen müssen. Dabei wird man noch stärker als bisher um weibliche Arbeitskräfte werben, denn diese fehlen der Berliner Wirtschaft. Zur Zeit gibt es noch über 22 000 offene Stellen. Diese Zahl mag auf den ersten Blick nicht hoch erscheinen, wenn man bedenkt, wie es in den Monaten nach dem 13. August ausgesehen hat. Doch die Berliner Wirtschaft ist expansiv.

Inzwischen sind auch die Pessimisten überzeugt worden. Durch Taten: Die Menschen sind von der Lebenskraft dieser Stadt beeindruckt. Das war einer der größten Berliner Siege der letzten Jahre. Das hat auch einigen Strategen jenseits der Mauer die Illusionen genommen.

"Schändliches Spiel mit unrichtigen Zahlen"Berechtigte Beschwerden der heimatvertriebenen Bauern

Von Willi Jäger

In diesen Tagen rüsten die Fraktionen des Bundestages für die bevorstehende Haushaltsdebatte. Es steht außer Frage, daß der Etat des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten heftig umstritten sein wird. Im außerparlamentarischen Bereich lieferten über das vergangene Wochenende zu diesem Thema die heimatvertriebenen Bauern einen Beitrag. Auf einer großen Kundgebung in Gießen forderten sie die Wiederherstellung des für die Eingliederung dieser bäuerlichen Gruppe zunächst eingeplanten und dann um 50 Millionen DM gekürzten Haushaltsbetrages. Noch rund 300 000 ehemalige Landwirte, die durch die Vertreibung oder die Flucht aus Mitteldeutschland ihre Höfe verloren, warten auf Eingliederung in der Bundesrepublik. Nur ein Teil von ihnen hat die Aussicht, einen landwirtschaftlichen Betrieb übernehmen oder gründen zu können. Die anderen hoffen darauf, wenigstens eine sogenannte landwirtschaftliche Nebenerwerbsstelle zu bekommen. Lange und zäh war darum gekämpft worden, ehe sich die Bundesregierung bereit fand, ab 1964 einen zweiten Fünfjahresplan für die Eingliederung dieser Geschädigtengruppe, der in mehreren Regierungserklärungen versprochen wurde, zu beschließen. Eine des energische Eintreten des Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene, des SPD-Abgeordneten Reinhold R e h s, wäre aus dem zweiten Fünfjahresplan wahrscheinlich nur ein Zweijahresplan geworden. Daß die vorgesehenen Eingliederungsmaßnahmen nun durch Haushaltskürzungen gefährdet sind, läßt bei den Betroffenen verständlicherweise Enttäuschung aus.

Keine ausreichende Altersversorgung

Die Proteste der vertriebenen Landwirte richten sich aber nicht nur gegen Haushaltsmanipulationen. Sie sind verärgert darüber, daß für die Ärmsten unter ihnen noch immer nicht eine ausreichende Altersversorgung geschaffen worden ist, und vor allem, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, der seit Jahren erhobenen Forderung auf eine gerechtere Regelung der Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich zu entsprechen. Der Lastenausgleich hat an der enorm gestiegenen Leistungskraft der westdeutschen Volkswirtschaft nicht teilgenommen. Der Abgeordnete Rehs, der als Hauptredner an der Kundgebung in Gießen teilnahm, hat darauf hingewiesen, daß die Einnahmen des Lastenausgleichs noch immer mehr oder weniger auf den Währungsstichtag konzentriert sind, während das Sozialprodukt der Bundesrepublik seit Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes von 37 Milliarden DM im Jahre 1952 auf 400 Milliarden im Jahre 1964 angestiegen ist und die Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Jahre 1964 rund 82 Milliarden DM betragen gegenüber 27 Milliarden im Jahre 1952. Die Bundesregierung argumentiert oft mit dem finanziellen Gesamtvolumen des Lastenausgleichs, verschweigt aber das Auseinanderklaffen zwischen den erlittenen Verlusten und den Entschädigungen. Es würde beispielsweise ein heimatvertriebener Bauer, der ein Landgut von 250 ha besaß, eine Entschädigungssumme von 37.750 DM. Für die Wiederbeschaffung eines gleichen landwirtschaftlichen Betriebes müßte er jetzt 3,5 Millionen DM aufbringen.

Sie hofften vergänglich

Die Geschädigten erhofften vom IV. Bundestag eine entsprechende

Verbesserung des Lastenausgleichsgesetzes. Sie hofften vergeblich. Es wurden in dieser Legislaturperiode zwar zwei Novellen zum Lastenausgleichsgesetz verabschiedet, die aber nur Teilerfolge brachten, nachdem es der Opposition gelungen war, einige Punkte ihrer Entwürfe durchzusetzen. Die Regierungsvorlagen waren beschämend, weil sie keine nennenswerten Verbesserungen vorsahen. Nicht besser scheint der von Minister Lemmer angekündigte und in Kürze zu erwartende Entwurf einer 18. Lastenausgleichsnovelle zu werden. Als Wahlgeschenk gedacht, wird diese Vorlage, wenn sie nicht mehr als die bisher bekannt gewordenen Änderungsabsichten enthält, wie die Lunte an einem Pulverfaß wirken. Darüber ließen die in Gießen versammelten ostdeutschen Bauern keinen Zweifel.

Aufmarsch in Bonn angekündigt

Die Bundesregierung hat vor zwei Jahren schon einen Vorgegeschmack bekommen. Der 2. Ostdeutsche Bauerntag, der in Bad Godesberg stattfand, ließ die Öffentlichkeit aufhorchen. Es gab tumultartige Szenen und Bundesminister wurden durch lebhafteste Proteste am Weitersprechen gehindert.

Wenn die Regierung jetzt nicht in letzter Minute noch zu größeren Zugeständnissen bereit ist, wird es Anfang Mai in Bonn eine gewaltige Protestdemonstration geben. Diesmal werden es nicht nur die ehemaligen Landwirte sein, sondern zehntausende Heimatvertriebene, die auf dem Marktplatz der Bundeshauptstadt ihren Enttäuschung über die Regierungen der vierter Wahlperiode Ausdruck geben. Das wurde in Gießen angekündigt.

Der Abgeordnete Rehs wiederholte dort seine Forderung, die Bundesregierung möge endlich eine Bestandsaufnahme des Lastenausgleichsfonds vorlegen. Der kürzlich genannte Bestand von 46 Millionen DM sei unglauwbürlich. Die Verbände und selbst Bundestagsabgeordnete der Koalitionsparteien schätzen, daß sich 6 bis 9 Milliarden DM im Lastenausgleichsfonds befinden.

Dieses "schändliche Spiel mit unrichtigen Zahlen" soll durch ein parlamentarisches Kontrollgremium beendet werden. Dafür wird sich der sozialdemokratische Vertriebenen-Politiker Rehs mit Nachdruck einsetzen, nach dessen Worten es für die Eingliederung der Heimatvertriebenen und verdrängten Landwirte drei Einsichten gibt: Ihre Existenzberechtigung, eine nationale Schicksalsverflechtung sowie das Eingebundensein in eine künftige europäische Entwicklung.

Diffamierungen kommen nicht anVom politischen Stil im akademischen Saal

Von Dr. Günther Müller, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Münchens größte katholische Studenterverbindung, die Akademika im Saal, hatte in diesen Tagen einen Vertreter der SPD zu einem Referat eingeladen. Die Studenten wollten sich aus erster Hand informieren, was die Parteien für die Bundestagswahl versprechen. So sprach denn im Januar der Landesvorsitzende der CDU, im Februar der Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Beide fanden ein aufgeschlossenes, diskutierfreudiges studentisches Publikum.

Der Sprecher der SPD jedoch fand noch etwas. Vielleicht, weil man die Studenten nicht allein einem "gefährlichen Agitator" überlassen wollte, hatten sich einige ältere Herren eingefunden, die - sich selbst als CDU-Mitglieder bekennernd - zur Ausgestaltung des mit Paschingsdekoration geschmückten Saales beitrugen. Zu allererst baute man ein Tonbandgerät auf, um etwaige staatsgefährdende Äußerungen des SPD-Sprechers sofort festhalten zu können. Zum Zweiten beteiligte man sich an der Diskussion. Zu diesem Zwecke hatte man sich mit Traktätchen ausgerüstet, um denen man eifrig zitierte. Franz von Prümer aus Schweinfurt scheint der Lieblingsautor dieser Herren gewesen zu sein. Dieser sozusagen historisch-anekdotische Teil war noch relativ harmlos. Da man auf dem Gebiet der sachlicher Politik wenig aufzuweisen hatte, ging man zum persönlichen Teil über. Hier wurde es allerdings ungemütlich. Die jungen Studenten mußten hören, daß die führenden SPD-Leute entweder Kommunisten seien, die immer noch nach der "großen Bruder" in Moskau schielten, oder Christen, die in Kirchen Kirchen abreißen wollen oder Neutralisten, die unsere Sicherheit gefährden. Vor allem gebe es viele, die gegen den Diktator Franco seien und die als uneheliche Kinder aufgewachsen seien und sich als Erwachsene auch noch scheiden ließen. Diese kleine Auswahl aus dem offenbar in der CDU gängigen Repertoire zeigt, wie man dort offensichtlich mit den Rücken gegen die Wand kämpft. - Doch nicht nur Negatives ist von diesem Abend zu berichten. Die Studenten hatten kein Interesse an diesem Stil. Das Zischen der jungen Zuhörer zeigte deutlich, wo ihre Sympathien lagen. Ihnen ging es um eine sachliche Erörterung der Probleme unserer Politik, sine ira et studio.

Die SPD betrachtet diesen Abend mit einem weinenden und einem lachenden Auge: Einem weinenden, weil mit dieser Form der Auseinandersetzung der kommende Wahlkampf Schlimmes befürchten läßt, einem lachenden, weil dieser "Stil" gerade bei der skeptischen Generation von heute nicht sehr ankommt. Wer nämlich besonders laut ist, hat meistens Unrecht.

Die Verhandlungen des GATT mit Polen und Jugoslawien

Um Mitgliedschaft im "Klub der Reichen"

Von Pierre Simonitsch, Genf

Die "Aufweichung" des GATT, wie es die Traditionalisten nennen, breitet weiter fort. Neben der Annahme des neuen Kapitels für Handel und Entwicklung, mit dem zum erstenmal von den heiligen Prinzipien der strengen Reziprozität abgegangen wurde (und das die Franzosen nicht unterzeichneten, weil es ihnen noch immer zu "liberal" inspiriert erscheint), steht nunmehr auch die Gewährung der Vollmitgliedschaft an "sozialistische" Staaten ernstlich auf der Tagesordnung.

Die Antragsteller sind Polen und Jugoslawien. Die ersten diskreten Verhandlungen zwischen der Regierung in Warschau - der die Rolle des Posters unter den Ostblockstaaten zufiel - und dem Genfer GATT-Sekretariat liegen bereits fast zwei Jahre zurück. Im April 1964 stellten die Polen dann offiziell einen Antrag auf "aktivere Mitarbeit" an der Kennedy-Runde, in der Hoffnung, am Ende des solcherart eingeleiteten Prozesses die Mitgliedschaft im "Klub der Reichen" zu bekommen. Gegenwärtig sind sie nur durch einen lockeren Status an der Präambel des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens angeschlossen.

Polen ist bereit, sich durch wirtschaftliche und politische Konzessionen (Auflockerung der staatlichen Wirtschaftsstruktur, eine mässige Zulassung der westlichen Konkurrenz am heimischen Markt) Garantien einzufordern, daß auch die polnischen Produkte zu guten Bedingungen im Westen abgesetzt werden können. Die vorhergegangenen "wilden" Versuche waren Fehlschläge. Zuerst hatten die Polen aus Exportgründen ihre Kohlenproduktion überentwickelt, als ihnen ab 1958 die Kohlenkrise die Absatzmöglichkeiten versperrte. Dann forcierten sie ihre Landwirtschaft und stießen sich an die inzwischen eingetretene Organisation der EWG einerseits ihres Aussehens entgegen. Um sich dennoch die notwendigen westlichen Devisen zu verschaffen, sahen sie sich zur Führung einer katastrophenhaften Dumpingpolitik gezwungen.

Nunmehr hat das GATT-Sekretariat ein Protokoll über die Aufnahmebedingungen für Polen ausgearbeitet, das von den ursprünglichen Vorstellungen in Warschau stark abweicht und von polnischer Seite als "an den Grenzen des Zumutbaren" liegend bezeichnet wird. Das Dokument muß von einer Drei-Drittel-Mehrheit gebilligt werden und es sind bereits einige Gegenanschläge - einer von seiten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft - ausgegangen.

Jugoslawien genießt derzeit den Status eines provisorischen Mitglieds (wie z.B. die Schweiz und die VAR), der Ende 1965 abläuft. Ende Januar hat die jugoslawische Regierung in einem Brief an das GATT-Sekretariat um Verhandlungen über die Gewährung der Vollmitgliedschaft und um die Teilnahme an der Kennedy-Runde angesucht. Wie aus jugoslawischen diplomatischen Kreisen zu erfahren ist, denkt Belgrad nicht daran, die Leistung im Alleingang zu stürmen, sondern gemeinsam mit anderen Ländern der "Dritten Welt" und im Hinblick auf das neue GATT-Kapitel. Denn die Jugoslawen berechnen darauf, als wirtschaftlich unterentwickelt in das Schema eingetauft zu werden. Ihren Schritt sind Absprachen mit Kairo und anderen afrikanischen und asiatischen Hauptstädten vorausgegangen.

Für die kommenden Wochen sind also die verschiedenen GATT-Ausschüsse mit der Behandlung schwerwiegender Fragen eingedeckt. Sollte nämlich den beiden Initiativen Erfolg beschieden sein, so würde in den ehrenwürdigen Rundsitzungen der noch vor kurzem heftig unstrittenen zwischenstaatlichen Körperschaft eine Presche entstehen. Jetzt schon warten mehrere Staaten aus dem Ostblock und aus der "Dritten Welt" interessiert auf den Ausgang der Verhandlungen, die für sie als Präzedenzfälle gelten müssen.